



MFN-Fraktion im Rat

Erwin Fritsch

52385 Nideggen
Königstraße 25
Tel. 02425 - 901717

30.12.2024

Herrn Bürgermeister
Marco Schmunkamp
Zülpicher Straße 1
52385 Nideggen

per E-Mail

Anträge zur Haushaltsplanung 2025

Sehr geehrter Herr Schmunkamp,

in der 2. Liste des Finanzministeriums sind die aufkommensneutralen Hebesätze für die Grundsteuern mit A 493 und B 991 Punkten berechnet. Davon abweichend ist basierend auf internen Schätzungen der Nidegger Verwaltung der Hebesatz B im bisherigen Entwurf mit 1180 Punkten als aufkommensneutral angesetzt. Wir beantragen die Hebesätze erst nach Kenntnis der zu erwartenden 3. Liste endgültig festzulegen.

Der Ansatz von 1291 statt 1180 Punkten wird mit dem Anstieg der Kreisumlagen (420.000 €) begründet. Gemäß der Mitteilungsvorlage des Kreises Düren "Drs.Nr. 487/24 Haushaltsentwicklung der Jahre 2026 ff." wird dort zum 31.12.2025 keine Ausgleichsrücklage mehr vorhanden sein und die Jahresfehlbeträge 2026 51,5 Mio. € und 2027 48.4 Mio. € zu erwarten sein. Diese Prognose wurde bereits am 20.11.24 in der HVB-Konferenz vorgestellt. Dem Rat war sie am 17.12.24 so noch nicht bekannt. Die Folgen für die Entwicklung der Kreisumlagen ab 2026 sind offensichtlich.

Angesichts dieser Prognose stellt sich die Frage, ob eine Grundsteuererhöhung bereits in 2025 sinnvoll und den Einwohnern zumutbar ist – nur um ein vielleicht notwendiges Haushaltssicherungskonzept um ein Jahr hinauszuschieben.

Wir beantragen, dass Sie einen anderen – an den aufkommensneutralen Hebesätzen orientierten - HH-Entwurf vorlegen und darstellen auf welche zwingend notwendigen Maßnahmen dann verzichtet werden müsste. Das würde dem Rat die Möglichkeit geben in echten "Beratungen" diese Vorhaben zu priorisieren.

Die von Ihnen für den 28.01.25 vorgesehene Verabschiedung des Haushalts kann durchaus verschoben werden bis alle wesentlichen Grundlagen bekannt sind und bewertet wurden.

Auf 2 Einzelheiten weisen wir bereits jetzt hin:

- "Abriss und Neubauplanung Eschauer Weg 21" war im HH-Entwurf 2024 mit 465.000 € für 2024 eingeplant. Bei der Ortsbegehung mit Gutachtern, Verwaltung und Fraktionen am 22.10.2024 wurde festgestellt, dass die Abrisskosten wegen der wahrscheinlichen Schadstoffbelastung kaum kalkulierbar sein werden. Dass der Ansatz für 2025 nun mit nur 434.000 € angesetzt wurde, ist schwer nachvollziehbar.
- Die Höhe der "Zuwendungen an die Fraktionen" (neben den gesetzlich festgelegten Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder) ist eine freiwillige Leistung die angesichts der HH-Lage in dieser Höhe nicht aufrecht erhalten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Fritsch